



Wahlprüfsteine der Lehrgewerkschaften Hamburg dlh zur Bürgerschaftswahl am 02. März 2025 Antworten der CDU Hamburg

Frage 1:

Wie wollen sie die schulische Vielfalt (Grundschule, Stadtteilschule, Gymnasien, berufliche Schulen) stärken? Wie stehen Sie zum „Schulfrieden“ in Hamburg?

Wir stehen zum Schulfrieden. Wir stehen für die vielfältige Hamburger Bildungslandschaft mit ihrem gegliederten Schulsystem (Grundschulen, Gymnasien sowie Stadtteil-, Sonder- und Privatschulen) und dem starken berufsbildenden Sektor. Wir stehen zum aktiven Elternwahlrecht zwischen Gymnasium und Stadtteilschule sowie zwischen Sonderschule und inklusiver Beschulung an der Regelschule. Innerhalb dieser bewährten Strukturen schaffen wir ein „atmendes System“, das dort individuell mehr Zeit bietet, wo sie gebraucht wird.

Frage 2:

Wie positionieren sie sich zu G9 an Gymnasien?

Wir haben aus den vielfältigen Diskussionen in der Stadt erkannt, dass unsere Schülerinnen und Schüler mehr Zeit benötigen. Wir werden durch vielfältige Maßnahmen die Qualität in unseren Schulen verbessern. So muss z.B. der Unterricht zuverlässig stattfinden. Bisher finden lediglich um die 80 Prozent des Unterrichts planmäßig statt. Verursacht Frust und Stress unter den Schülerinnen und Schülern, die Unterrichtsinhalte gehen nicht voran. Ein weiteres Instrument wird die Evaluation der Bildungspläne sein. Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir eine Lernzeitverlängerung als nicht sinnvoll und nicht durchführbar an.

Frage 3:

Welche Bedeutung haben für Sie bundesweit vergleichbare Standards in Hamburger Abschlussprüfungen?

Das Zentralabitur und bundesweit vergleichbare Standards in Hamburger Abschlussprüfungen haben für uns eine große Bedeutung. Eine bundesweite Vergleichbarkeit der Abschlüsse ist für Hamburg essentiell. Hierfür werden wir uns einsetzen.



Frage 4:

Wie soll vor dem Hintergrund der schwächer werdenden Basis-Kompetenzen von Grundschulern die Grundschule und die vorschulische Bildung entwickelt werden, um angemessene Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten zu gewährleisten?

Am Ende der Grundschulzeit müssen alle Kinder so gut lesen, schreiben, sprechen und rechnen können, dass sie den Anforderungen der weiterführenden Schule gerecht werden. Wir setzen verbindliche Mindeststandards, deren Erfüllung für einen späteren Schulabschluss unerlässlich sind. Damit diese Standards trotz der enormen Entwicklungsunterschiede von jedem Kind erreicht werden können, muss es möglich sein, dass Kinder bei Bedarf ein Jahr länger zur Grundschule gehen. Zudem fordern wir eine Vorziehung und Ausweitung der Viereinhalbjährigen-Untersuchung. Bereits mit Beginn des vierten Lebensjahres soll der Entwicklungsstand jedes Kindes festgestellt werden. Auf dieser Grundlage sollen Fördermaßnahmen in Kita und Grundschule nicht nur im sprachlichen, sondern auch im mathematischen und sozialen Bereich abgeleitet und verbindlich durchgeführt werden. Frühkindliche Bildung hat in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung. Wir können uns auf Dauer die 20 Prozent nicht leisten, die am Ende der Grundschule nicht gut genug Lesen, Schreiben und Rechnen können.

Frage 5:

Beabsichtigen Sie, die Lehrerarbeitszeitverordnung zu reformieren und an die zeitlichen Realitäten anzupassen? Wie wollen Sie sicherstellen, dass sich Lehrkräfte auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und sich bei bürokratischen und technischen Aufgaben hinreichend Entlastung erhalten? Welche Schwerpunkte und welchen Zeitplan haben Sie dafür?

Wir werden eine wissenschaftliche Auswertung des Zeitaufwandes für alle zu bewältigenden Aufgaben von Lehrkräften beauftragen:

- darauf aufbauend und unter Berücksichtigung der vorliegenden Evaluationen aus 2005 und 2008 das Lehrerarbeitszeitmodell (LAZM) umfassend reformieren.
- auf Basis der wissenschaftlichen Auswertung Lehrkräfte und Schulleitungen von administrativen Tätigkeiten entlasten.
- Wir werden bei den Schulen noch einmal gezielt für die Möglichkeit und Vorteile der Einstellung einer Verwaltungsleitung werben.
- Wir werden zur Entlastung von Lehrkräften einen Pool mobiler Vertretungslehrkräfte einrichten.
- Die Beratungs- und Unterstützungskompetenzen der Schulaufsichten stärken, sodass sie bei Bedarf der Schulen steuernd eingreifen können, um eine verlässliche Personalversorgung sicherzustellen.
- Lehrkräfte sollen zur Unterrichtsvor- und -nachbereitung an den Schulen einen Platz zum Arbeiten erhalten. Wir wollen individuell und ausreichend Arbeitsplätze für Lehrkräfte in den Schulen zur Verfügung stellen und so die Schule noch mehr zu einem attraktiven Arbeitsplatz machen.
- Wir werden den Arbeits- und Gesundheitsschutz von Beschäftigten an den staatlichen Schulen in den Blick nehmen und substanziell verbessern.



Frage 6:

Welche Maßnahmen halten Sie für erforderliche, um schulische Beschäftigte in jedem Lebensabschnitt einen gesunden Vollzeit-Arbeitsplatz zu ermöglichen, insbesondere vor dem Hintergrund starker Stundenreduzierung und von Frühpensionierungen?

Wir wollen individuell und ausreichend Arbeitsplätze für Lehrkräfte in der Schule vorhalten, damit sie entscheiden können, wo Arbeit und Privates zu trennen ist. Lehrkräfte sind zudem von nicht pädagogischen Aufgaben zu entlasten. Weiter werden wir zusätzliche Unterstützungs- und Coachingangebote für Lehrkräfte schaffen. Außerdem ist für uns der Arbeits- und Gesundheitsschutz von Beschäftigten an den staatlichen Schulen zentral, wir wollen ihn daher substantiell verbessern.

Frage 7:

Wie gedenken Sie im Kontext eines massiven Lehrermangels den Arbeitsplatz Schule so attraktiv wie möglich zu gestalten, dass dauerhaft genügend Personal zur Verfügung steht? Erwägen Sie in diesem Zusammenhang die Wiedereinführung einer jährlichen Sonderzahlung (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt)?

Der Mangel an pädagogischen Fachkräften ist eine große Herausforderung und bundesweit eines der drängendsten Probleme im Schulbereich. Die übermäßig hohe Teilzeitquote ist ein Indikator für die schwierigen Arbeitsbedingungen an Hamburger Schulen. Es ist uns daher ein Anliegen, diese Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die CDU hatte sich im Rahmen der Verhandlungen zum Schulstrukturfrieden für die Schaffung einer einheitlichen Besoldung aller Lehrkräfte eingesetzt. Die Anhebung der Besoldung von Lehrkräften mit dem Lehramt der Primarstufe und Sekundarstufe von der Besoldungsgruppe A 12 zur Besoldungsgruppe

A 13 wurde inzwischen umgesetzt. Das halten wir für gerecht und wichtig als Anreiz für junge Menschen, sich für den Lehrerberuf zu entscheiden. Darüber hinaus denken wir, dass nicht nur monetäre Gesichtspunkte für eine Personalgewinnung und -bindung an unseren Schulen von Bedeutung sind. Wenn Lehrkräfte entlastet werden, einen attraktiven Arbeitsort vorfinden und gesundheitsfördernd behandelt und vor allem anerkannt werden, können wir schon sehr viel erreichen. Daher wollen wir Lehrer noch weiter von Verwaltungstätigkeiten entlasten. Zudem sollen Lehrkräfte bei der sozialpsychologischen und gesundheitlichen Betreuung der Schülerinnen und Schüler durch den Einsatz von Personal der Pflege, Schulpsychologie, Therapie und Sozialpädagogik entlastet werden. Da uns jedoch auch die Stellenbesetzungsproblematik gerade an Schulen in sozial herausfordernden Lagen und/oder schlechter Anbindung bewusst ist, wollen wir einen monetären Zuschlag für Lehrkräfte prüfen, welche die Lehrerversorgung an Schulen mit hoher sozialer Herausforderung und in Randgebieten sicherstellen.



Frage 8:

Wie gedenken Sie sicherzustellen, akademische Bildung des Lehrpersonals gesichert wird? Wie begegnen Sie Problemen mit Seiten- und Quereinsteigern?

Zunächst wollen wir sicherstellen, dass Lehrkräfte in Hamburg bedarfsgerecht ausgebildet werden, der Bedarf an Lehrkräften gedeckt wird und auch ausreichend Plätze im Vorbereitungsdienst zu Verfügung stehen. Die Attraktivität des Berufs muss zudem insgesamt gesteigert werden.

Auch gilt es neue und flexiblere Wege der Lehramtsausbildung in Hamburg zu erproben. Hierzu zählt für uns das duale Lehramtsstudium. Wir wollen gemeinsam mit Vertretern der Universität Hamburg ein auf die Beschlüsse der KMK abgestimmtes Konzept für ein duales Lehramtsstudium erarbeiten und in Hamburg erproben. Wir werden zudem den Vorbereitungsdienst evaluieren und alle fünf Jahre eine zentrale Evaluation des Vorbereitungsdienstes durchführen lassen.

Frage 9:

Die Klassengröße ist ein entscheidender Faktor für die individuelle Förderung der Kinder sowie die Belastung der Lehrkräfte. Welche Klassengröße ist Ihrer Meinung nach für die verschiedenen Schulformen angemessen?

Wir halten die derzeitigen Klassengrößen für angemessen, solange sie auch wirklich eingehalten und nicht überschritten werden. Die permanente Überschreitung der Klassenfrequenzen stellt ein wesentliches Problem dar und führt zu einer unzureichenden Förderung der Kinder sowie zu einer Belastung der Lehrkräfte.

Frage 10:

Sollte Ihrer Meinung nach Unterricht auch am Nachmittag vertreten werden?

Generell ist es wichtig, dass Unterricht stattfindet und nicht ausfällt. Die Vermeidung von Unterrichtsausfall ist für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler elementar – dieses gilt auch für den Nachmittag. Leider fällt der Unterricht an Hamburger Schulen nach wie vor viel zu häufig aus oder wird fachfremd vertreten. Im Rahmen der Verhandlungen zum Schulfrieden hatten wir uns darauf verständigt, den Anteil des ´Unterrichts nach Stundentafel´ zu erhöhen und insbesondere den Anteil der ´Vertretungsstunden durch Arbeitsauftrag´ abzusenken. Beides ist bislang nicht passiert. Wir schlagen eine auskömmliche Lehrerversorgung vor, die die aktuellen Fehlquoten berücksichtigt sowie die Einrichtung eines Pools mobiler Vertretungslehrkräfte vor, um Schwankungen im Vertretungsbedarf abfedern zu können. Die Novellierung der Vertretungsrichtlinie muss endlich erfolgen, dieses muss dann den Rahmen für ein angemessenes Vertretungsmanagement bieten.